



FRISCHE FASSADE
Kunstwerk und Ehrenname zieren
jetzt Rositzer Kegelanlage

SEITE 14

KOMMENTAR

VON
JENS ROSENKRANZ



SPD und Linke haken Kreis ab

Hätte die CDU am Mittwoch im Kreistag mit voller Kapelle gespielt und weniger leere Stühle gehabt, würde der Kreis bald gegen seine Auflösung vor Gericht ziehen. Und würden SPD-Spitzen auf ihre Basis hören, hätte der Unions-Antrag vorgestern vielleicht doch eine Mehrheit bekommen. Hätte, hätte Fahrradkette. Fest steht, dass der Kreistag keine juristischen Schritte unternimmt und damit auch kein klares Zeichen setzt. Denn selbst wenn der Gang vor Gericht keinen Erfolg haben würde, wäre es ein deutliches Signal gewesen. Das setzen nun die anderen Kreise, die vor Gericht ziehen.

Seit Mittwoch steht nun ebenfalls fest, dass sich SPD und Linke mit der geplanten Auflösung des Altenburger Landes und der Fusion mit Greiz und Gera abfinden. Anders kann man ihre Gegenstimmen nicht werten und anders ist auch der Verweis auf die Arbeitsgruppe nicht zu interpretieren. Dort wollen beide Kreistagsfraktionen nur noch das Tafelsilber bei einer Fusion retten und für Altenburg als Kreissitz kämpfen. Den Erhalt des eigenen Landkreises haben SPD und Linke damit abgehakt, obwohl sie doch eigentlich dafür gewöhnt wurden, dessen Wohl zu mehren. Stattdessen wird nun brav die Politik der Landesfürsten umgesetzt.

Wohin aber führt, beharrlich am Willen der Bürgermehrheit vorbei zu regieren, ist gerade in diesen Tagen wunderbar zu beobachten. Damit wird es weitergehen. Für die Konsequenzen solcher Politik hat die eigene SPD-Basis ihre Chefs aus Erfurt schon mal vorgewarnt: ein einseitiges Ergebnis oder gar kein Einzug in das Landesparlament. Auch für die thüringer Linke wird ihr erster Ministerpräsident ein singuläres Ereignis bleiben.

➔ j.rosenkranz@lvz.de

KURZ GEMELDET

Frau übersieht beim Ausparken Lkw

GÖBNITZ. Zu einem Verkehrsunfall kam es am Mittwoch gegen 15.20 Uhr in der Altenburger Straße. Die 25-jährige Fahrerin eines Pkw Opel hatte die Absicht, aus einer Parklücke auszuparken. Dabei übersah sie einen hinter ihr stehenden Lkw Iveco. Es kam zum Zusammenstoß. Am Pkw Opel entstand dadurch Sachschaden, teilte die Polizei gestern mit.

Kleintransporter stößt mit Opel zusammen

MEUSELWITZ. Ein Verkehrsunfall ereignete sich am Mittwoch gegen 11.45 Uhr in der Freiligrathstraße. Ein Ford Transit wollte rückwärts aus einer Ausfahrt ausparken. Dabei übersah die 58-jährige Fahrerin des Kleintransporters einen am gegenüberliegenden Fahrbahnrand parkenden Pkw Opel. Beide Fahrzeuge stießen zusammen, teilte die Polizei gestern mit. An beiden Wagen entstand Sachschaden. Verletzt wurde bei dem Unfall niemand.

Unbekannte stehlen Trommel mit Kupferkabel

SCHMÖLLN. Im Zeitraum zwischen Montag und Mittwoch wurde vom Betriebsgelände einer Firma „Am Anger“ eine Kabelrolle mit etwa 150 Meter Kupferkabel entwendet. Außerdem wurde auch der Diebstahl von Diesel aus dem Unternehmen angezeigt. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, teilte die Polizei gestern mit. Wer Hinweise zu Tat oder den Tätern kann, wird gebeten sich bei der PI Altenburger Land unter der Telefonnummer 03447 4710 zu melden.

Polizei kündigt Kontrollen an

ERFURT. Die Thüringer Polizei wird in den kommenden Wochen im Rahmen von Verkehrskontrollen die Ausrüstung der Fahrzeuge und die vorschriftsmäßige Funktion der Beleuchtungseinrichtungen verstärkt kontrollieren. Unter den gegenwärtigen Witterungsbedingungen sollte der korrekten Funktion der Beleuchtung besonderes Augenmerk gewidmet werden. Festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen, heißt es in einer Mitteilung der Landespolizeidirektion. Die Polizei appelliert zudem an alle Kraftfahrer, sich auf die Witterungsbedingungen einzustellen und ihr Fahrverhalten dementsprechend anzupassen. Insbesondere die Sicherheitsabstände sollten sorgfältig eingehalten werden.

Genussführer macht Appetit auf mehr

Neues Buch zeigt Einheimischen und Touristen

die kulinarische und kulturelle Vielfalt der Region

VON CHRISTIAN NEFFE

ALTENBURG. Was wäre das Leben ohne Genuss? Dass der nicht nur auf viele Weisen, sondern auch an vielen Orten ausgelebt werden kann, zeigt der neue „Genussführer“, ein mehr als 370 Seiten starkes Buch, das seine Leser ausführlich über die kulinarischen und kulturellen Angebote in und um Ost-Thüringen informiert.

Die Autorin und Herausgeberin des Projekts, Christine Klauder, konnte bereits umfassende Erfahrungen beim Zusammenstellen touristischer Angebote sammeln: Ihre Genussführer für Nord- und Südthüringen waren erfolgreich, doch kaum mehr als 100 Seiten dick. Für ihr neuestes Werk war zunächst ein ähnlicher Umfang angedacht, dann aber meldeten sich immer mehr Städte, Tourismusverbände und Gastronomen, die unbedingt im Buch auftauchen wollten. Drei Jahre lang wurde recherchiert und fotografiert, dann endlich konnte das Buch in Druck gehen. Diesmal hat man sich nicht – wie anfangs beabsichtigt – auf nur eine Region beschränkt, sondern ein deutlich größeres Gebiet abgedeckt. Mit dabei sind Mittelthüringen, der Frankenwald, das Vogtland und das Fichtelgebirge, das Saa-Unstrut-Gebiet, die Leipziger Region, das Elbland, Westsachsen und natürlich auch das Altenburger Land – vier Bundesländer also, von denen jedes ein eigenes Titelmotiv bekommen hat.

Den Druck übernahm die DZA Druckerei zu Altenburg, die erste Auflage umfasst 20 000 Exemplare. Doch schon



Ein echter Wälzer: Autorin Christine Klauder (links) und Christine Büring präsentieren den neuen Genussführer.

Foto: Mario Jahn

jetzt käme man mit den Bestellungen kaum noch hinterher, meint Klauder. Die gebürtige Jenenserin hatte das Altenburger Land zunächst gar nicht auf dem Schirm, dann aber „habe ich mich wirklich in die Region verliebt.“

Besonders stolz sei man über den länderübergreifenden Ansatz des Projekts, denn so sei der Genussführer nicht nur für die hier lebenden Menschen interessant, sondern locke auch neue Gäste und Zielgruppen aus ganz Deutschland an. Überregionale Buchhandlungen, beispielsweise in Berlin und Stuttgart, würden bereits reges Interesse daran zeigen, das Buch unter die Leute zu bringen. „Der vorliegende Genussführer ist der Beweis, dass unsere touristische Region sowohl für unsere Bürger als auch für die Gäste ein Land mit vielen Facetten und vielen Genusserfahrungen ist“, meint auch Christine Büring von der Altenburger Tourismus GmbH, die am Projekt beteiligt ist.

Entstanden ist ein hochwertig produziertes Buch, das authentisch gut 700 kulturelle und kulinarische Angebote in der Region vorstellt. Zahlreiche Hochglanzfotos geben auch visuelle Auskünfte über Ausflugsziele, Gastro-Einrichtungen und Erholungsplätze. Dazu gibt es außerdem 48 Coupons im Wert von 350 Euro.

Der neue Genussführer erscheint im Verlag „Thüringer Genuss“ und ist für 17,50 Euro im Buchhandel, im Spielkartenladen am Markt 17, im Online-Shop der LVZ und ab nächste Woche in der Tourismus-Information in der Baderei 1 erhältlich.

Patt verhindert Klage gegen Gebietsreform

CDU-Antrag wird im Kreistag trotz Stimmengleichheit abgelehnt / Melzer: Sojka ignoriert Beschluss

VON JENS ROSENKRANZ

ALTENBURG. Noch nie zog das Altenburger Land gegen die Landesregierung vor das Verfassungsgericht. Am Mittwoch bestand die Chance dazu, genau dies zu tun. Doch der Kreistag verspielte die Gelegenheit. 16 Stimmen bekam ein entsprechender Vorstoß der CDU und genauso viele Gegenstimmen – mehrheitlich aus den Reihen von Linken sowie SPD, womit der Antrag dann als abgelehnt gilt.

Anlass für die Union sind die Pläne der rot-rot-grünen Landesregierung, das Altenburger Land 2018 mit dem Kreis Greiz und der Stadt Gera zu fusionieren. Dagegen regt sich heftiger Widerstand, unter anderem wird ein Bürgerentscheid auf den Weg gebracht. Auch der Kreistag hatte sich am 27. April mehrheitlich für den Bestand des Altenburger Landes in seinen jetzigen Grenzen und für die Beibehaltung von Altenburg als Kreisstadt mehrheitlich ausgesprochen und Landrätin Michaela Sojka (Linke) aufgefordert, sich in Erfurt für den Erhalt des Kreises einzusetzen.

Das wird nicht reichen. Und nach Ansicht der CDU setzt Sojka diesen Juch auch gar nicht um. „Sie ignoriert den Kreistagsbeschluss“, schimpfte Fraktionschef Uwe Melzer. Denn die Landrätin habe nach dem Votum der Volksvertreter eine Landkarte veröffentlicht, wie der neue Kreis ihrer Meinung nach aussehen sollte. „Das ist nicht hinnehmbar“, sagte Melzer. Deswegen und um den Druck auf Erfurt

zu erhöhen, plante die CDU auch juristische Schritte. Landkreisen stehe es zu, Verletzungen ihrer Garantie des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung durch Landesgesetze im Wege einer Verfassungsbeschwerde zu rügen oder überprüfen zu lassen, lautete die Argumentation der CDU. Denn Gebiets- und Bestandsänderungen seien nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Bisher gehe es nur um Flä-

chen und Einwohner. Gewachsene Strukturen oder die wirtschaftliche Ausrichtung der Landkreise spielten kaum eine Rolle, „sind jedoch auch wichtige Gründe des öffentlichen Wohls“, hieß es. Es habe den Anschein, dass diese Reform politisch motiviert durchgepeitscht werden soll und weniger von Sachargumenten geprägt ist. Positive Effekte seien widerlegbar, Erfahrungen anderer Bundesländer mit Kreisfu-

sionen würden ignoriert. Die CDU sah nur eine Konsequenz: Klagen sowohl gegen das Fusionsgesetz als auch gegen den Akt der Neugliederung selbst. Bestärkt fühlen sich die Christdemokraten durch sieben andere Thüringer Landkreise, die gleichfalls eine Verfassungsbeschwerde ankündigen. Für das Klageverfahren einschließlich der Anwaltskosten seien schätzungsweise 40 000 Euro nötig.

„Und das ist rausgeschmissenes Geld“, wettete Volker Schemmel (SPD) am Mittwoch gegen den Beschlussantrag. Einzelne Kreise könnten gar nicht vor Gericht ziehen, um ihren Erhalt einzufordern. „Das ist ausgeschlossen“, behauptete Schemmel. Der Kreis sei auch gar nicht Akteur im Gesetzgebungsverfahren, sondern das Land.

An diese Argumentation knüpfte auch Ralph Plötner, Kreistagsfraktionschef der Linken, an. Er warf der CDU Fundamentalopposition vor und kritisierte die beabsichtigte Klage ebenso als Geldverschwendung. Plötner bezeichnete es als sinnvoller, sich im Rahmen der gegründeten Arbeitsgruppe „Kreisgebietsreform“ zu engagieren.

Laut Kreistagsbeschluss soll diese Vorkehrungen treffen, um die Zukunft der Einrichtungen und Unternehmen und die Interessen des Kreises zu sichern und in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Dazu zählt auch der Erhalt von Altenburg als Kreisstadt. Plötner sagte, in der AG sei man bereits gut vorangekommen. Konkreter wurde er nicht. Im Moment ist nicht bekannt, inwieweit sich der Landkreis in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht hat, um seine Interessen zu sichern.

Der beinahe zeitgleich tagenden Stadtrat vom Weimar machte dagegen den Weg für eine Verfassungsklage frei, mit der die Klassikerstadt gegen den Verlust ihres Status als kreisfreie Stadt vorgehen will.

► **Kommentar**

Minister stellt Gesetz im Frühjahr vor / CDU fordert Volksentscheid

Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) will dem Landtag erst im Frühjahr 2017 das Gesetz zur umstrittenen Kreisreform in Thüringen vorlegen. Der Vorschlag, die Zahl der derzeit 17 Kreise auf acht und die der kreisfreien Städte von sechs auf zwei zu verringern, verstehe er als Grundlage für eine breite Diskussion in den kommenden Monaten, sagte Poppenhäger gestern im Landtag. Die Regierung sei offen für weitere Vorschläge. „Wir lassen uns gern von Argumenten überzeugen.“

Die neue Kreisstruktur solle ab 2018 gelten – entweder ab Januar oder ab Juli. In dem Gesetz zur neuen Kreisstruktur sollen nach Angaben des Innenministers auch die neuen Kreisstädte festgelegt werden. Poppenhäger wolle zudem

Vorschläge machen, wie die neuen Kreise heißen sollen. Über die Kreisnamen sollten endgültig die Kommunalparlamente entscheiden. Zum Gesetzentwurf sei eine Anhörung der Vertreter der Kreise und kreisfreien Städte geplant.

Thüringen ist laut Poppenhäger das letzte ostdeutsche Land, das eine Kreisreform angeht. Derzeit seien die Kreise mit im Schnitt 95 000 Einwohnern im bundesweiten Vergleich sehr kleinteilig. CDU-Fraktionschef Mike

Mohring forderte einen Volksentscheid. „Das Volk soll abstimmen, nicht wir“, sagte Mohring in der Debatte. Er bezog sich bei seiner Forderung nach einem Volksentscheid auf Äußerungen von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke)

aus dem Jahr 2011, als Ramelow noch Fraktionschef der Linken und in der Opposition war. Damals habe er sich dafür ausgesprochen, eine Gebietsreform sollte durch einen Volksentscheid demokratisch legitimiert werden. „Wir fordern das ein“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende. Er warf Poppenhäger vor, zur Verunsicherung beizutragen, indem er die Umsetzung der Gebietsreform entweder für Anfang oder Mitte 2018 ankündige. Mohring bekräftigte, dass seine Fraktion gegen das vom Landtag im Juni beschlossene Vorschaltgesetz Verfassungsklage noch in diesem Jahr einlegen werde.

Die Opposition forderte Belege, dass größere Strukturen effizienter arbeiteten. Poppenhäger sagte, zunächst koste es Geld, um Thüringen fit für die Zukunft zu machen. Simone Rothe



Besserer Schutz vor der Blauen Flut

Stadt Altenburg lässt im Ortsteil Knau zur Abwehr von Hochwasser eine Lücke im Damm schließen

VON THOMAS HAEGELER

ALTENBURG. In Knau haben vor wenigen Tagen Bauarbeiten begonnen, um den Altenburger Ortsteil besser vor einer möglichen Überschwemmung durch die Blaue Flut zu schützen. Bagger und Lastwagen sind im Einsatz. Ein flacher Wall wird errichtet, teilte die Stadtverwaltung gestern mit. Der Auftrag dafür ging an ein Unternehmen aus der Region. Ziel der Maßnahme ist ein Lückenschluss im vorhandenen Wall im Sinne des Hochwasserschutzes. Zugleich wird dabei eine Bedarfsüberfahrt geschaffen, die es ermöglicht, die umliegenden Flächen landwirtschaftlich zu nutzen.

Das Projekt betrifft einen mit 60 Zentimeter Höhe vergleichsweise niedrigen, aber wichtigen Damm, der sich am linken Ufer der Blauen Flut südöstlich von Knau befindet. Er diente früher als Feldwegeüberfahrt. Die auf einer Länge von bis zu 50 Metern bestehende Lücke soll nun durch



Mit schwerem Gerät wird im Ortsteil Knau der Schutzwall geschlossen. Foto: Ronny Seifarth

Aufschüttung wieder geschlossen werden. Die Arbeiten werden, sofern die Witterung keinen Strich durch die Rechnung macht, in der kommenden Woche abgeschlossen sein. Die Kosten dafür werden laut Denis Anders, Leiter des Referats Stadtwirtschaft, voraussichtlich leicht unter den dafür einkalkulierten 60 000 Euro liegen.

„Die Maßnahme ist nicht ganz unumstritten“, sagte Oberbürgermeister Michael Wolf (SPD). „Aber wir haben uns Verantwortung gegenüber der Bevölkerung dazu entschlossen, auch wenn der Damm letztlich keinen 100-prozentigen Schutz bieten kann.“ Hintergrund dieser Aussagen ist der Fakt, dass ursprünglich zur Debatte stand, den fertigen Damm wieder abreißen zu müssen, wenn das neue Hochwasserschutz in etwa zwei Jahren vorliegt. Dies ist nun aber vom Tisch.

Wenn der Lückenschluss vollbracht ist, ist der tieferliegende Bereich von Knau am Denkmalring besser vor Überflutungen geschützt. Von der Wiederherstellung der

Überfahrt durch die Erhöhung des Damms profitieren im Falle eines so genannten kleinen Hochwassers rund ein Dutzend Wohnhäuser, die am tiefsten gelegen sind, sowie die Kleingartenanlage mit der Gaststätte „Zur Leimrute“. Auch weil das Ganze so angelegt ist, dass das Wasser durch den Wall nicht nur abgehalten wird, sondern auch wieder zurück in die Blaue Flut fließen kann.

Rathauschef Wolf und Ortsteilbürgermeister Erhard Grünberg hatten sich Anfang des Jahres für das Vorhaben gegenüber der Unteren Wasserbehörde stark gemacht. Zuvor hatten Anwohner das Anliegen an die Stadt herangetragen. Die Behörde stimmte nach einem Ortstermin im Februar und mitunter hitzig geführten Diskussionen schließlich im Frühjahr zu und erteilte im Anschluss an die Planung zügig die Genehmigung. Das Projekt greift jedoch nicht dem künftigen Hochwasserschutz- und Gewässerentwicklungskonzept vor.